



Redaktion:

Universität Duisburg-Essen
Ressort Presse in der Stabsstelle des Rektorats

Manuela Münch

Telefon: 0203/379-1482
manuela.muench@uni-due.de
www.uni-due.de/de/presse

Beachten Sie bitte:

Diese PDF-Datei darf nur für interne Zwecke genutzt werden.
Das Abspeichern und eine Weitergabe an Dritte in elektronischer oder Print-Form sowie die Komplett- oder Teileinstellung auf anderen Webseiten ist aus urheberrechtlichen Gründen nicht gestattet.

Bild vom 19.05.2020



Quellrubrik: Titelseite
Ausgabe: Hauptausgabe

Auflage: 1.681.518 (gedruckt)

Experten schlagen Alarm wegen Corona

Unsere Wirtschaft ist in Gefahr

Was das für Löhne, Jobs, Renten bedeutet!

Die 5 größten Gefahren der Wirtschaftskrise
Pkw-Märkte eingebrochen +++ Pleite-Herbst droht +++ Rentenerhöhung wackelt +++

fpi
hjv
pf

BILD analysiert die fünf größten Risiken, die unserer Ökonomie jetzt durch die Seuche drohen

Berlin - Von Tag zu Tag wird das Ausmaß der Corona-Krise besser sichtbar. BILD sagt, was schiefläuft - was der Wirtschaftseinbruch für unsere Jobs, Löhne und Renten bedeutet. Das sind die fünf größten Risiken

der Krise!

Exportmärkte brechen weg

Schock-Meldung aus den USA: Nach Schätzungen der amerikanischen Zentralbank wird die US-Wirtschaft im zweiten Quartal 2020 (April bis Juni) um bis zu 30 % schrumpfen! "Der Wachstumseinbruch in den USA wird die Krise im Rest der Welt vertiefen", sagt Clemens Fuest (51), Präsident des ifo-Instituts, zu BILD.

Besonders betroffen: Die Export-Nation Deutschland. 2019 lieferten deutsche Firmen Waren im Wert von 118 Mrd. Euro in die USA. Marcel Fratzscher (49) vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zu BILD: "Der starke Rückgang des Welt-

handels trifft Deutschland sehr viel härter als die meisten anderen Länder."

Auto-Branche wird vernachlässigt

An Auto-Bauern und Zulieferern hängen in Deutschland 1,8 Mio. Jobs, analysiert Prof. Ellen Enkel (Uni Duisburg-Essen) für BILD. Die Branche sei für Deutschlands Wirtschaft "so wichtig wie kaum eine andere Industrie", sagt die Auto-Expertin.

Doch die Politik lässt die Auto-Bauer zapeln! Hildegard Müller (52), Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, schlägt Alarm: "Die Pkw-Märkte sind eingebrochen wie noch nie."

In Deutschland ging die Produktion im April um 97 % zurück - es sei "eine Krise ohne

Beispiel"

Steuergeld für Pleite-Firmen

CDU-Wirtschaftsrats-Vize Friedrich Merz (64, CDU) stellte gestern im BILD-Talk "Die richtigen Fragen" die milliardenschweren Hilfsprogramme infrage. Von denen auch Firmen profitierten, die bereits "vor Corona in einer prekären Lage waren". Merz: "Rettet man sie durch die Krise mit viel Geld und am Ende des Tages gehen sie doch in die Insolvenz?"

Auch Experten warnen vor dem Pleite-Herbst! "Es wird mit Sicherheit nach und nach mehr Insolvenzen geben und vielfach wird für den Herbst mit einer größeren Welle gerechnet", sagt Lars Westpfahl von der Kanzlei Freshfields zu BILD. Die Folge: "Erheblich mehr Entlassungen."

Rentner werden abgestraft

Die finanziellen Folgen der Corona-Krise treffen die Rentner gleich doppelt: Weil wegen millionenfacher Kurzarbeit die Löhne sinken, wackelt die Rentenerhöhung 2021. Wenn wegen aufwendiger Hygiene-Aufla-

gen auch noch Preise steigen (z.B. Flüge, Hotels), haben die Senioren weniger in der Tasche - und müssen auch noch draufzahlen.

Besonders bitter: Die Zinsen bleiben dank der EZB-Geldpolitik niedrig, das Ersparte wird nichts abwerfen.

Deutschland zahlt für Tourismus-Ausfälle

Die Verluste der Tourismus-Wirtschaft in Italien, Spanien und Griechenland werden teuer - für Deutschland!

Gestern schlugen Kanzlerin Angela Merkel (65, CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (42) einen Wiederaufbau-Fonds für EUStaaten vor. Höhe: 500 Milliarden Euro. Heißt im Klartext: Wir zahlen mit, wenn keine Urlauber in den Urlaubsländern sind.

Merkel-Macron-Pakt gegen den Absturz

Paris/Berlin - Deutschland und Frankreich sprechen im Kampf gegen die Corona-Wirtschaftskrise jetzt mit einer Stimme.

Beide Länder schlagen auf EU-Ebene gemeinsam ein europäisches Programm im Umfang von 500 Milliarden Euro zur Erholung der Ökonomie nach der Corona-Krise vor. Zur Abstimmung der Details hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (65, CDU) mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (42) gestern eine Video-Konferenz abgehalten. Merkel sagte danach, es gelte, die "härteste Herausforderung, die die EU in ihrer Geschichte erleben musste", zu bewältigen.

Macron sagte: "Das ist eine bedeutende Etappe." Mit dem Geld sollen Branchen und Regionen unterstützt werden, die am schwersten von der Krise betroffen sind.

Angela Merkel auf dem Weg zur Pressekonferenz. Im Hintergrund: Frankreichs Präsident Macron, per Video zugeschaltet

Urheberinformation:

(c) Axel Springer SE